



Hinsehen

Die soziale Spaltung der Gesellschaft wird immer tiefer. Das sagen Statistiken und vor allem: das nehmen die Betroffenen wahr: entmutigte Langzeitarbeitslose, Wohnungslose, Bildungsverlierer aller Art - aber auch wir LehrerInnen, die SchülerInnen begegnen, die in perspektivlosen Warteschleifen gehalten werden. Die politischen Sparvorgaben verstärken diesen Trend des Abhängens eines Teils der Bevölkerung.

Aber: Den Schulden der öffentlichen Hand stehen gigantische private Vermögen gegenüber. Allein die privaten Vermögen des reichsten Prozents der Bevölkerung sind höher als alle öffentlichen Schulden in Deutschland zusammen.

Seit Anfang August hat sich dagegen das Bündnis „**UMfairTEILEN-Reichtum besteuern!**“ zusammengefunden. Erstes gemeinsames Ziel ist ein **bundesweiter Aktionstag am 29. September**. Die GEW ist mit dabei. Denn gerade der Bildungsbereich spiegelt diese schädliche Entwicklung der immer fester zementierten Ungleichheit.

Republik der Abgehängten

Die Schere der gesellschaftlichen Spaltung von Arm und Reich schlägt sich in der Bildung in Deutschland 2012 nieder. Das erkennt sogar der ministerielle **Bildungsbericht**.

Zum vierten Mal seit 2006 legt die Autorengruppe Bildungsberichterstattung im Auftrag der Kultusministerkonferenz und des Bundesministeriums für Bildung und Forschung einen Bericht über die Bildung in Deutschland vor. Auch wenn der Bereich der nichtformellen und der informellen Bildung gestreift wird, liegt der Schwerpunkt auf den formellen Bildungsangeboten im Bereich der elementaren Bildung (Krippen und Kindertagesstätten), der schulischen Bildung, der Berufsbildung und der Hochschulbildung sowie der Weiterbildung. Besonderer Schwerpunkt ist in diesem Jahr

die kulturelle/musisch-ästhetische Bildung.

In allen Bildungsbereichen spiegelt sich in dem Bericht (zugänglich unter www.bildungsbericht.de/zeigen.html, die Seitenzahlen im Folgenden beziehen sich auf die dort herunterladbare pdf-Version) die soziale Schieflage dieser Gesellschaft erneut wider. Dieser Befund steht in krassem Gegensatz zu der Schönfärberei der Auftraggeber, die, wie der gegenwärtige Vorsitzende der Kultusministerkonferenz, Hamburgs Bildungsminister Ties Rabe, hervorheben: »Das Bildungsniveau ist weiter angestiegen. Die Zahl

der Abiturienten nimmt zu, die Zahl der Schulabbrecher geht weiter zurück. Dazu beigetragen haben Schulreformen, die die Flexibilität und Durchlässigkeit des Schulsystems im Hinblick auf höhere Schulabschlüsse verbessert haben«. Demgegenüber spricht der SPIEGEL von der »Republik der Abgehängten« und die GEW von der »Schere, die sich weiter öffnet.«

Die steigende Bildungsbeteiligung bei Krippen und Kitas, höhere Quoten von Hochschulzugangsberechtigungen und höhere Studienanfängerzahlen belegen keineswegs Bemühungen der Kultusministerinnen und



-minister um besseren Zugang zu den Bildungswegen für alle und schon gar nicht den Erfolg bildungspolitischer Reformen. Sie sind vor allem Ausdruck der höheren Bildungsaspirationen der Familien in Deutschland, denen die Bildung ihrer Kinder angesichts der bedrohten Zukunftsperspektiven in einer Welt zunehmender Konkurrenz immer mehr wert ist.

Darüber hinaus zeigen die Veränderungen in den verschiedenen Bildungsbereichen, dass die Gruppe der Verlierer im Bildungswettbewerb immer weiter zurückbleibt. Die Bildungspolitik in Bund und Ländern schafft es gerade nicht – oder nur sehr widersprüchlich und unzureichend – Reformen in Gang zu bringen, die die soziale Schiefelage im Bildungswesen reduzieren und gute Bildung für alle von der Kita bis zur Weiterbildung befördern.

Ein Grund dafür ist die fehlende Bereitschaft, endlich gegen die auch im internationalen Vergleich nach wie vor mangelhafte Ausstattung des Bildungsbereichs mit öffentlichen Mitteln vorzugehen. Das auf dem Bildungsgipfel 2008 großspurig verkündete Ziel, 10% des BIP in Bildung und Forschung zu investieren, bleibt in weiter Ferne, auch wenn mit Statistricks versucht wird, dies zu verschleiern. »Gemessen an der wirtschaftlichen Leistung gab Deutschland 2008 (neuere Daten liegen international nicht vor) mit einem BIP-Anteil von 4,8% weniger für Bildungseinrichtungen aus als andere OECD-Staaten (OECD-Mittel 5,9%).« /38/

Die Sorge für die zukünftigen Bildungsinvestitionen treibt auch die AutorInnen des Bildungsberichts um: »Noch nicht absehbar ist, wie sich die von Bund und Ländern beschlossene Schul-

denbremse auf die Bildungsausgaben auswirken wird.« /28/ Insbesondere die Länder und Gemeinden, die die Bildung an Schulen zu 95%, an den Kitas zu 70% und an den Hochschulen zu 66% finanzieren, werden in den kommenden Jahren unter massiven Druck geraten, um die gegenwärtige Ausstattung aufrecht zu erhalten – geschweige denn dringend notwendige Verbesserungen insbesondere zur Reduzierung der Benachteiligung der Bildungsverlierer zu finanzieren.

So gesehen muss die bange Fragestellung der AutorInnen des Bildungsberichts skeptisch beantwortet werden, ob angesichts des demografischen Rückgangs der Anzahl der BildungsteilnehmerInnen zumindest an Kitas und Schulen in den nächsten Jahrzehnten »die Spielräume genutzt werden, um Kapazitäten abzubauen oder über erweiterte Förderungsmaßnahmen, den Ausbau der Ganztagschulen und andere Maßnahmen die Bildungsprozesse in den Einrichtungen zu verbessern und die Lernerfolge der Schülerinnen und Schüler zu steigern.« /44/

Private Haushalte (und Unternehmen) schultern schon jetzt 30% der Kita-Kosten, 43% der Kosten für berufliche Bildung und 15% der Hochschulbildung sowie 36% der Weiterbildungskosten.

Elementarbereich

Während bei den 4-5-Jährigen eine 96%ige Betreuungsquote in Kitas und Tagespflege erreicht ist, hinkt Deutschland, was die Betreuung der unter Dreijährigen betrifft, den vergleichbaren europäischen Ländern weit hinterher. Der Rechtsanspruch auf Kindertagesbetreuung für 1- und 2-Jährige, der ab August 2013 gilt, ist längst nicht erfüllt. Bisher werden erst 25% der un-

ter 3-Jährigen betreut und die Zahlen wären weit dramatischer, wenn nicht die ostdeutschen Länder dabei einen Betreuungsanteil von 47% hätten.

Hinzu kommt, dass der Elementarbereich noch immer überwiegend eine Halbtagsbetreuung ist – zum Teil sogar so kurz, dass Mittagessen in der Kita nicht stattfindet. Nur 30% der Kinder zwischen 3 Jahren und Schuleintritt werden in Westdeutschland ganztags betreut. Ganztägige Bildung und Betreuung an Kitas ist aber ein wichtiger Faktor beim Ausgleich herkunftsbedingter Bildungsbenachteiligung, die sich in der gesamten weiteren Bildungsbiographie auswirkt. Insbesondere auch die Beteiligung von Kindern mit Migrationshintergrund liegt mit 14% bei den unter Dreijährigen deutlich unter dem Durchschnitt. Die Autoren sprechen von »Segregationstendenzen in Kindertageseinrichtungen«, da ein Drittel aller Kinder, bei denen zu Hause nicht Deutsch gesprochen wird, in Kitas gehen, in denen mehr als 50% der Kinder zu Hause nicht Deutsch sprechen.

Die Personalstruktur in Kitas ist ebenso wie in den anderen Bildungsbereichen überaltert und die Beschäftigten müssen in den kommenden Jahren in hohem Maße ersetzt werden. Das ist deshalb schwer, weil die Kita-Beschäftigten fast ausschließlich Frauen sind, die schlecht bezahlt werden und zu 60% in Teilzeit arbeiten. Schon jetzt wird zu wenig Kita-Personal ausgebildet, um die Ausscheidenden zu ersetzen und die Mehrbedarfe auszugleichen. Hinzu kommt, dass nur 3% aller Kita-Beschäftigten eine (Fach-) Hochschulbildung haben, womit Deutschland auch hier im internationalen Vergleich auf einem hinteren Platz rangiert. Unzureichend ausgebildetes und



schlecht bezahltes Personal soll die Bildungsoffensive für die Jüngsten in unserer Gesellschaft voranbringen.

Allgemeinbildende Schulen

Zurückgehende Anteile an SchülerInnen, die die Schulen ohne Abschluss bzw. nur mit Hauptschulabschluss verlassen und steigende Gymnasialquoten und AbiturientInnenzahlen in den letzten Jahren sind zweifellos für sich betrachtet eine Erfolgsmeldung wert. Hinter

diesen Zahlen verbergen sich aber Bildungswirklichkeiten, die Grund zur Besorgnis geben.

»Bisher konnte mit den strukturellen Veränderungen zwischen 2000 und 2009 noch keine Verringerung der sozialen Unterschiede des Schulbesuchs erreicht werden. Insbesondere gilt dies für ausländische Jugendliche.« /99/

Seit vielen Jahren ist die soziale Schieflage in der Bildung empirisch belegt und ihre Bekämpfung wird zu einem Haupt-

ziel der Bildungspolitik erklärt. Erreicht ist nichts, so die Bilanz der AutorInnen des Bildungsberichts. Die großen sozialen Disparitäten haben sich nicht geändert: 61% der 15-Jährigen aus Elternhäusern mit hohem sozialen Status besuchen heute ein Gymnasium, aber nur 16% aus solchen mit niedrigem sozioökonomischen Status.

Umgekehrt sieht das beim Besuch der Hauptschule aus. Immer noch sind es mehr als 30%, die die Schule mit oder ohne Hauptschulabschluss als höchstem Bildungsabschluss verlassen. Die überwiegende Mehrheit von ihnen stammt aus Familien mit mindestens einer sozialen Risikolage (geringe Bildung, Armut, Arbeitslosigkeit) und/oder haben einen Migrationshintergrund. Die Quote der Kinder mit einer sozialen Risikolage schwankt zwischen Bayern mit 20% und Berlin mit 44%. Beide Gruppen nehmen tendenziell eher zu.

Wenn die Gesamtheit derjenigen mit geringen oder ohne Bildungsabschlüsse kleiner wird, werden ihre Chancen auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt immer geringer. Es handelt sich eben nicht um eine kleine Randgruppe, die mit relativ geringem Aufwand unterstützt werden könnte, sondern um immerhin fast ein Drittel der Jugendlichen in Deutschland. Jeder vierte Jugendliche gehört zur Risikogruppe der schwachen LeserInnen, zwei Drittel davon sind männlich. Die Schere öffnet sich immer weiter.

Die vielbeschworene Ausdifferenzierung unseres Bildungssystems führt dazu, dass die familiäre Unterstützung für die Schule Gewicht gewinnt, wobei die bezahlte Nachhilfe insbesondere an Realschulen und Gymnasien ein relevanter Faktor ist.

Abzocker

Zwischen 21 und 32 Billionen US-\$ bunter die globale Geldadel in Steueroasen wie Liechtenstein, der Schweiz oder Jersey. So eine Studie des ehemaligen McKinsey-Chefvolkswirts James Henry. Geld, auf das nirgendwo auch nur ein Cent Steuern gezahlt worden ist.

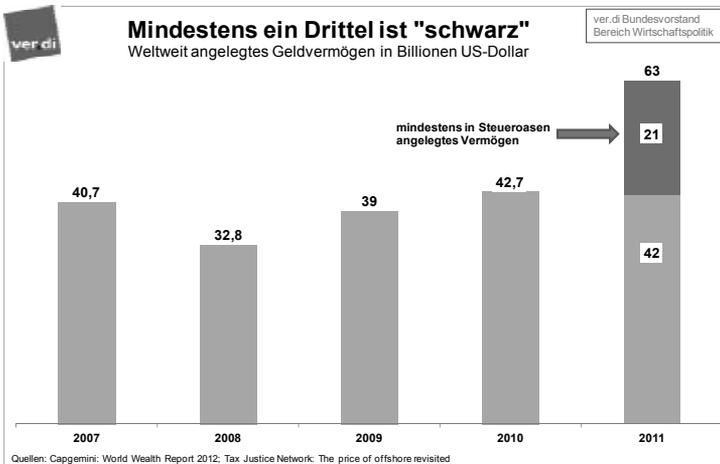
Bei einer Verzinsung von drei Prozent wächst dieses Vermögen jedes Jahr um stolze 630 Milliarden US-\$. Würden nur diese Erträge mit einer niedrigen Kapitalertragssteuer von 25 Prozent belastet, hätten die von Kapitalflucht betroffenen Staaten zusätzliche Steuereinnahmen von jährlich rund 160 Milliarden US-\$.

Die Dummen sind die Beschäftigten und alle anderen, die brav ihre Steuern zah-

len. Und Leidtragende alle, die auf öffentliche Leistungen angewiesen sind. Gerechtere geht anders!

Damit muss Schluss sein. Steuerhinterziehung ist kein Kavaliersdelikt. Steuerflucht muss konsequent bekämpft werden. Dafür müssen die Steueroasen endlich ausgetrocknet werden. Das Fluchtkapital muss zurückgeholt und im Heimatland ordnungsgemäß besteuert werden. Hierfür brauchen wir einen automatischen Informationsaustausch und eine grenzüberschreitende Kooperation der nationalen Steuerbehörden.

Banken, die bei der Steuerflucht behilflich waren und sind, müssen hart bestraft werden – bis zum Entzug der Banklizenz.





Das freiwillige Engagement in Vereinen und sozialen Gruppen – oft wichtige Orte informellen Lernens – ist stark von sozialer Herkunft abhängig.

Die Zahl der Privatschulen ist von 1989 bis 2010 von 2.277 auf 3.605 gestiegen, jede 10. Schule wird heute privat geführt. Dabei ist der Anteil rein kommerzieller Schulen nach wie vor sehr gering, es dominieren kirchliche, weltanschauliche und solche von oft gemeinnützigen Verbänden und Stiftungen. Die Segregation des Schulwesens wird damit vorangetrieben, denn die sozialen und ethnischen Unterschiede in der Elternschaft und deren spezifische Ansprüche an die Leistungen des Schulsystems sind vermutlich die Triebfedern des Privatschulbooms./vgl. 99f./

Ganztagsschulen in gebundener Form, das heißt Ganztagschulen, die für die SchülerInnen verpflichtende Angebote über den ganzen Tag machen und so zu einer neuen Rhythmisierung des Schulalltags kommen, mit allen SchülerInnen eines Jahrgangs gemeinsam lernen, Hausaufgaben machen und Freizeitaktivitäten während des Schultags durchführen – das ist ein erprobter Weg, um herkunftsspezifische Bildungsbenachteiligung auszugleichen. Diese Ganztagschulen sind aber teuer und deshalb wird in Deutschland ein System bevorzugt, das die Halbtagschule durch freiwillige Angebote an einzelnen Nachmittagen ergänzt. Deshalb grenzt es an Etikettenschwindel, wenn vom erfolgreichen Ausbau von Ganztagschulen die Rede ist. 51% der Schulen machen Ganztagsangebote, aber nur jeder vierte Schüler profitiert davon.

Berufliche Ausbildung

»Die Hoffnung, dass bei demografisch bedingter Rückläu-

figkeit der Bewerberzahlen für eine duale Ausbildung die bisher am Ausbildungsstellenmarkt benachteiligten Gruppen von selbst in eine voll qualifizierende Ausbildung integriert würden, hat sich bisher nur begrenzt erfüllt.« /122/ Das ist sehr zurückhaltend formuliert. Zwar hat sich der Anteil der dualen Ausbildung an allen Neuzugänge von 2005 43,3% auf 2011 49,7% erhöht und ist entsprechend der Anteil am Übergangssystem von 38,7% auf 30,4% gesunken, nach wie vor gehen aber in den Stadtstaaten 80% der Jugendlichen ohne Hauptschulabschluss und in den westdeutschen Flächenländern mehr als 50% derjenigen mit

Hauptschulabschluss ins Übergangssystem und finden keinen Ausbildungsplatz.

Von den zukunftssträchtigen, relativ gut bezahlten Berufen im kaufmännischen und im Verwaltungsbereich in Industrie und Handel sind HauptschülerInnen praktisch ausgeschlossen, im Ernährungshandwerk, in den Bauberufen, bei den Friseurinnen und im Einzelhandel bleiben sie meist unter sich. Es sind auch diese Ausbildungen, in denen die Abbrecherquote weit über dem Durchschnitt liegt (der beträgt insgesamt 20%), die Bezahlung weit unter dem Durchschnitt und die Zahl der Absolventen, die nach der Ausbildung lange

manchmal klirrt etwas

„Es ist alles still, wie in einer verschneiten Winternacht.

Nur ein leiser, monotoner Tropfenfall.

*Das sind die Zinsen, die fortlaufend hinabträufeln
in die Kapitalien, welche beständig anschwellen;*

*man hört ordentlich, wie sie wachsen,
die Reichtümer der Reichen.*

Dazwischen das leise Schluchzen der Armut.

Manchmal klirrt etwas, wie ein Messer, das gewetzt wird.“

Heinrich Heine (1797-1856)

(zitiert nach Herbert Schui / Eckart Spoo (Hg.): GELD IST GENUG DA Reichtum in Deutschland (1996))

Ein wenig Klirren ist ja auch heute, 2012, zu hören, insbesondere bei Attac, einigen Verbänden, Gewerkschaften und endlich auch wieder in mehr als nur einer Partei.

Sind Messer aber nicht da, um zu *schneiden*?

Damit ist selbstverständlich hier nur ein Schneiden gemeint hinein in die riesigen privaten Kapitalien: starke Erhöhung der Steuern für die großen Vermögen und für sehr hohe Einkünfte sowie endlich die Transaktionssteuer.

Und aufpassen müssen wir dann, dass die Steuergelder richtig ausgegeben werden: für eine vertiefte Bildung der Jugend, für Verhinderung eines weiteren Auseinanderdriftens der Menschen in unserer Gesellschaft und – endlich hinreichend – für die dringliche Erhaltung unserer natürlichen Mitwelt.

HERMANN SCHWARZ
Anmerkung eines fast Hundertjährigen



ohne Arbeit sind oder qualifikationsfremd tätig sind, hoch ist. Weibliche Jugendliche und Jugendliche mit Migrationshintergrund sind hier deutlich überrepräsentiert.

Auch in der beruflichen Bildung zeigt sich also eine zunehmende Polarisierung, und durch die Tendenz zu höheren Bildungsabschlüssen werden nach wie vor vor allem die sehr vielen abgehängt, die beim Wettlauf um die höchsten Bildungsabschlüsse nicht mithalten können. So »erscheint die faktische Abschottung von annähernd der Hälfte der Ausbildungsberufe gegenüber den unteren Bildungsabschlüssen als eine schwere berufsbildungs- und arbeitsmarktpolitische Hypothek.« /122/

Hochschule

»Die Hochschule wird mehr und mehr zur prototypischen Ausbildungseinrichtung einer Volkswirtschaft, die sowohl im sekundären als auch im tertiären Sektor zunehmend auf wissensbasierter Beschäftigung und Wertschöpfung beruht«, so die Autoren des Bildungsberichts. Doppelte Abiturientenjahrgänge durch die Schulzeitverkürzung am Gymnasium von 9 auf 8 Jahre und die Aufhebung der Wehrpflicht sind Sonderfaktoren, die die Studienanfängerzahlen im letzten Jahr überproportional steigen ließen. Unabhängig davon nehmen die Studierendenzahlen in den letzten Jahren sowohl absolut als auch proportional zu.

Dennoch ist der Anschluss an die OECD-Quoten noch nicht erreicht. Wenn der Hochschulabschluss zunehmend wichtiger für die berufliche Perspektive junger Menschen wird, ist es besonders gravierend, dass der Hochschulzugang nach wie vor sozial ver-

erbt wird. 77% der Kinder von Akademikern nehmen ein Studium auf, aber nur 13% der Kinder von Hauptschulleitern. Die Übergangsquote vom Abitur zum Hochschulstudium ist ebenfalls stark abhängig vom Elternhaus: 81% studienberechtigte Akademikerkinder, aber nur 62% studienberechtigte Kinder von Eltern ohne höhere Schulabschlüsse beginnen ein Studium. Auch hier ist eine besondere Benachteiligung von Abiturientinnen festzustellen, sie nehmen viel seltener ein Studium auf, obwohl ihre Abiturientenquote wesentlich höher ist.

Schon jetzt haben wir höhere Studierendenzahlen als vom Hochschulpakt zwischen Bundesregierung und Ländern als Zielmarke ausgegeben wurde und finanziert sind. Die Mittel, die pro Studierenden jährlich zur Verfügung stehen, haben sich gegenüber 2005 bereits verringert und drohen weiter zurückzugehen, wenn nicht zusätzliche Anstrengungen unternommen werden, wonach es gegenwärtig nicht aussieht. Schon jetzt schätzen 40% der Studierenden die Studienbedingungen an deutschen Hochschulen problematisch ein. /vgl. 140/

Dabei spielt eine wichtige Rolle, dass die Strukturreform zum Bachelor/Master-System erhebliche Probleme mit sich bringt. Da der berufsqualifizierende Wert des Bachelor-Abschlusses äußerst fraglich ist, wollen fast alle Studierenden einen Masterstudiengang anschließen. Dabei ergeben sich zukünftig massive Kapazitätsprobleme. Hinzu kommt, dass das eigentliche Ziel der Umstellung auf Bachelor/Master so nicht erreicht werden kann: Die Studienzeiten werden nicht verkürzt und die Abbrecherquoten sind nach wie vor hoch (Bachelorstudiengänge

2010: Abbruchquote 28%).

Fazit

Der Bildungsbericht 2012 ist ein Dokument ungleich verteilter Bildungschancen in Deutschland und kein Grund zum Jubeln. Von der Krippe über die Schule, die Berufsbildung, die Hochschule und die Weiterbildung ist unser Bildungswesen von ungleich verteilten Bildungschancen aufgrund sozialer Benachteiligung gekennzeichnet.

Ohne Zweifel hat es im zurückliegenden Jahrzehnt Veränderungen in allen Bildungsbereichen gegeben. Vor allem die meisten Eltern haben die steigende Bedeutung guter Bildung für ihre Kinder erkannt und handeln entsprechend, in dem sie höhere Bildungsabschlüsse verlangen und häufig viel Zeit und Geld in die Bildung ihrer Kinder investieren.

Die staatlichen Reformen (Kita-Ausbau, Steigerung der Zahl der Studienplätze, Sprachförderung, Schulreformen) sind eher Reaktionen auf die gestiegene Nachfrage und oft allenfalls halbherzig. Ein grundsätzliches Umsteuern zu mehr Bildungsgerechtigkeit erfordert einen schnelleren Ausbau der Bildungseinrichtungen für ganztägige Bildung und Betreuung für alle Kinder in hoher Qualität und die soziale Öffnung der Hochschulen. Das ist nur durch eine massive Steigerung der öffentlichen Bildungsausgaben zu haben. Der Rückgang von SchülerInnenzahlen im kommenden Jahrzehnt bietet dafür prinzipiell Spielraum. Angesichts einer parteienübergreifenden Politik von Schuldenbremse und Fiskalpakt sind die Chancen dafür gegenwärtig allerdings außerordentlich gering.

KLAUS BULLAN



Marktgängig

Die schleichende Aushöhlung öffentlich organisierter Bildung durch private Angebote untersucht Ulrich Thöne (1. Vorsitzender GEW-Bund)

Die Zahl der öffentlichen Bildungseinrichtungen sinkt, die der privaten steigt. Ein Befund, der neben den Meldungen und Kommentierungen zu den Ergebnissen des vierten nationalen Bildungsberichts kaum beachtet wurde. Während Politik und Medien darüber stritten, ob es denn nun graduell besser oder schlechter geworden sei mit der Bildung in Deutschland, kam die tiefere Analyse zu kurz. Dem Statistischen Bundesamt war diese Entwicklung immerhin eine Pressemitteilung wert. Zu Recht. Denn egal, ob man, wie die Bundesregierung und die Kultusminister der Länder, die Erfolge in der Bildungsbeteiligung betont oder, wie Gewerkschaften und Sozialverbände, dass die Schere zwischen Bildungsgewinnern und -verlierern immer weiter auseinandergeht: der Trend zu mehr privaten Schulen und Hochschulen hält an, während der Anteil privater Bildungsausgaben abnimmt. Dieser Trend ist Ausdruck dafür, dass das öffentliche Gut Bildung schleichend zu einer marktgängigen Ware gemacht und öffentliche Mittel in private Erwerbsunternehmen umgeleitet werden. Das Menschenrecht auf Bildung gerät in Gefahr.

Privatisierung, Profitgier und Ausgrenzung im Bildungssektor

Mit Bildung lässt sich Geld machen, viel Geld. Je höher die Einnahmen sind und je weniger die Beschäftigten der Branche verdienen, desto mehr Gewinn für den privaten Träger. Wir se-

hen das aktuell beim Mindestlohn in der Weiterbildung nach SGB II und SGB III: 12,60 Euro soll er im Westen, 11,25 Euro im Osten betragen. Das sind in Vollzeit knapp 2.000 Euro brutto monatlich für Tätigkeiten, die im Regelfall einen Hochschulabschluss voraussetzen. Das ist alles andere als üppig. Einem Teil der Arbeitgeber, hier ausschließlich privaten, ist selbst das noch zu viel. Vor allem mit Hilfe der FDP ist es ihnen gelungen, den Mindestlohn über Jahre erfolgreich zu blockieren. Das Pikantere ist daran, dass das Geld vom Staat kommt. Es sind Mittel der Bundesagentur für Arbeit, die an private Weiterbildungsunternehmen gehen. Bildung für Erwerbslose, aus öffentlichen Kassen finanziert, für Niedriglöhne missbraucht, mit dem Ziel, Profit zu machen. Leider ist das kein Einzelfall. Überall, wo die Privatisierung im Bildungswesen fortschreitet, beobachten wir zunehmend Leiharbeit, Tarifflicht, Lohndumping und prekäre Arbeitsbedingungen. Zumindest in der BA-geförderten Weiterbildung ist dem erst einmal ein Riegel vorgeschoben: Der Branchenmindestlohn gilt seit 1. August 2012.

Eine andere Seite des Privatisierungstrends sind exklusive Angebote für Menschen, die es sich leisten können: private Kitas mit Extraangeboten für die Kinder reicher Eltern, Privatschulen mit kleinen Klassen und ausgefeilten pädagogischen Konzepten sowie private Unis für die Elite von morgen. – Wer standesbewusst ist und das nö-

tige Kleingeld hat, muss sich nicht mit dem schlechtgeredeten öffentlichen Angebot abfinden. Die Folge ist, dass Privilegien und Ausgrenzung reproduziert statt abgebaut werden. In dieser Entwicklung manifestiert sich die soziale Spaltung und wird weiter vorangetrieben. Auch hier finanziert der Staat fleißig mit:



Foto: Stefan Gierlich

Ist das 'ne öffentliche oder private Schultüte?

Ersatzschulen privater Träger stützen sich, verfassungsrechtlich sanktioniert, weitgehend auf Mittel der öffentlichen Hand und können ihre Einnahmen über Elternbeiträge noch verbessern.



Das Modell der „Bürgerschule“ des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes in Bremen verdeutlicht den Anspruch, den die Träger dieser Einrichtungen erheben: Neue private Ersatzschulen sollen etabliert oder staatliche an freie Träger, Stiftungen etc. übergeben werden. Das Land soll mindestens 100 Prozent der bisherigen Kosten zahlen, der Träger aber unabhängig über das Schulprofil, das Personal und dessen Bezahlung sowie den Einsatz sonstiger Ressourcen entscheiden. Die Eltern erhalten die „Entscheidungsmacht“ darüber, welche Schule sie wählen.

ten müssen.

Dabei war Bildung über lange Zeit unbestritten ein öffentliches Gut. Alle politischen Bekenndungen von Linkspartei bis FDP unterstreichen bis heute den individuellen Anspruch auf bestmögliche Bildung für alle Menschen. Für die GEW ist klar: Gute Bildung ist ein Menschenrecht, das in Deutschland noch lange nicht für alle verwirklicht ist. Es ist mit dem Ziel der Chancengleichheit und Diskriminierungsfreiheit, mit Menschenwürde, der Achtung von Vielfalt, der Entfaltung aller menschlichen Potenziale und einer konse-

in der Dekade, in der durch den PISA-Schock höchst unsanft auf die Defizite im Bildungswesen aufmerksam gemacht wurde, die öffentliche Bildung schrumpft, während Bildungsangebote privater Anbieter zunehmen? Und wie kann es angehen, dass die privaten Bildungsausgaben gleichzeitig sinken? Oder muss dies gar nicht verwundern? Und ist das vielleicht kein Problem?

Öffentliches Gut und öffentliche Verantwortung

Zunächst einmal ist es richtig, dass nie alle Bildungsbereiche zu hundert Prozent in staatlicher Hand gelegen haben. Das gilt für die Weiterbildung in erheblichem Umfang, obwohl es auch dort namhafte öffentliche Anbieter gibt, die sich mit ihren Angeboten an ein breites Publikum wenden (z.B. Volkshochschulen). Die frühkindliche Bildung war im Westen, bei einem allerdings deutlich geringeren Gesamtumfang als heute, schon immer von freien und kirchlichen Trägern mitgeprägt. Die Erkenntnis, dass es sich nicht „nur“ um Betreuung, sondern um Bildung im originären Sinn handelt, hat sich erst in den vergangenen Jahren vollends durchgesetzt. Im Schul- und Hochschulbereich waren dagegen über lange Zeit private Einrichtungen die Ausnahme, wobei vor allem konfessionelle Schulen eine lange Tradition haben.

Gerade im Schul- und Hochschulbereich steigt der Anteil privater Träger in besonderem Maße. In Bayern ist der Anteil der Schüler, die eine private Schule in Anspruch nehmen, von 2001 bis 2011 um ein Viertel gewachsen. Jedes neunte Kind geht dort auf eine private Schule, im Bundesdurchschnitt jedes zwölfte. In den östlichen Bundesländern ist der Anteil gerade-



Gibt es hier Extra-Bildungswürste?

Faktisch wird damit eine Konkurrenz zwischen staatlichen und privaten Schulen etabliert, bei denen sich die freien Träger Vorteile daraus versprechen, dass sie bei hundertprozentiger finanzieller Absicherung vor allem personalpolitisch flexibler handeln können – Privatisierung ohne Risiko. Auf den Unterbietungswettbewerb gegenüber der Beamtenbesoldung und den öffentlichen Tarifverträgen würde man angesichts eines solchen Konzepts wohl nicht lange war-

quenten Menschenrechtsbildung untrennbar verknüpft. Das Menschenrecht auf Bildung gründet darauf, dass es zur Wahrnehmung anderer Rechte überhaupt erst befähigt. Ihm kommt deshalb im internationalen Wertefundament der Menschenrechte eine zentrale Bedeutung zu. Dass Bildung ein öffentliches Gut sein muss, ist eine zwingende Konsequenz, weil der Anspruch des Einzelnen sonst nicht erfüllt werden kann. Wie kommt es dann aber, dass ausgerechnet



zu sprunghaft angestiegen, was nur zum Teil mit Nachholeffekten erklärt werden kann, weil der Anteil in Brandenburg und Sachsen mittlerweile fast doppelt so hoch ist wie in Schleswig-Holstein. Noch drastischer ist die Entwicklung im Hochschulbereich: Seit 2000 hat sich die Zahl privater Hochschulen mit staatlicher Anerkennung mehr als verdoppelt. Ihr Anteil liegt bei über einem Viertel aller Hochschulen. Die Bremer Jacobs University – benannt nach der Kaffeedynastie Jacobs – oder die Bucerius Law School – eine private Universität für Rechtswissenschaften, benannt nach dem ZEIT-Gründer Gerd Bucerius – sind namhafte Beispiele. Der private Charakter wird durch die Namensgebung, zumeist ein deutlicher Hinweis darauf, wer zahlt, unterstrichen. Die Studierendenzahlen haben sich zwar im gleichen Zeitraum verdreifacht, liegen aber bei unter fünf Prozent, weil private Hochschulen eher klein sind.

Für die Frage der Bildung als öffentlichem Gut ist der formale Status nicht allein entscheidend. Öffentliche Güter müssen nicht zwingend vom Staat selbst angeboten werden. Unbestritten ist auch, dass verschiedene pädagogisch sinnvolle Konzepte durch einen privatrechtlichen Organisationsrahmen begünstigt wurden und öffentliche Bildungseinrichtungen bzw. deren Konzepte teilweise befruchtet haben. Entscheidend ist dagegen, dass der Staat sicherstellt, dass jede und jeder diskriminierungsfreien Zugang zur Bildung hat und die Regeln und Angebote öffentlichen Standards entsprechen. Nur so kann der Charakter eines individuellen Rechts, hier des Rechts auf Bildung, gewahrt werden. Gerade diese Merkmale geraten aber bei uns zunehmend unter Druck.

Der Staat zieht sich aus der direkten Verantwortung zurück, ermöglicht die Bildung von (Teil-)Märkten und verliert zugleich auch die Fähigkeit, qualitativ zu steuern. Dieser Erosionsprozess ist in vollem Gang. Er findet

Der Staat zieht sich aus der direkten Verantwortung zurück, ermöglicht die Bildung von (Teil-)Märkten und verliert zugleich auch die Fähigkeit, qualitativ zu steuern.

seinen Niederschlag bis in die öffentlichen Bildungseinrichtungen. Geht aber die öffentliche Verantwortung verloren, gerät das in Gefahr, was Bildung zu einem öffentlichen Gut macht: der allgemeine und diskriminierungsfreie Zugang.

Erosion öffentlicher Verantwortung – Beispiele über Beispiele

Der Rückzug des Staates aus der Bildung findet statt, die öffentliche Verantwortung erodiert. Dafür gibt es zahlreiche Beispiele aus allen Bildungsbereichen:

- Es entstehen private Bildungskonzerne wie Phorms (Kita, Vorschule, Grundschule und Gymnasium) oder Klax (Kitas) mit Umsätzen in Millionenhöhe. Die staatliche Förderung bietet Sicherheit. Elternbeiträge, die allerdings nicht durchgängig erhoben werden und mangelnde Tarifbindung eröffnen zusätzliche Spielräume. Obwohl der diskriminierungsfreie Zugang zu diesen Bildungseinrichtungen und sogar inklusive Bildung propagiert werden, kann über die zusätzli-

chen Beiträge und die inhaltliche Ausrichtung der Bildungseinrichtungen sozial selektiert werden, was die Attraktivität für gut betuchte bürgerliche Kreise steigert.

- Öffentliche Haushaltsmittel für Bildungsangebote werden gezielt an private Dienstleister „umgeleitet“. Prominentestes Beispiel ist das Bildungs- und Teilhabepaket im Zuge des Hartz-IV-Kompromisses, über das Mittel für Nachhilfe bereitgestellt wurden, die nur von privaten Nachhilfeeinrichtungen erbracht werden kann. Es gibt nicht ausreichend Beschäftigte in den Schulen, um die Kinder und Jugendlichen gemäß ihrer Kernkompetenz individuell zu fördern. Stattdessen sollen sie den Nachhilfebedarf feststellen – als Zusatzaufgabe.

- Auch die Gründung privater Hochschulen wird kräftig gefördert: Die International University Bremen, heute Jacobs University, wurde vom Senat der Hansestadt mit 115 Millionen Euro Anschubfinanzierung gefördert. – Zum Vergleich: Die öffentlichen Hochschulen des Landes erhalten jährlich 200 Millionen Euro. Staatliche Millionen gibt es auch für die European Business School in Wiesbaden: 60 Millionen Euro werden von Land und Kommune für Infrastruktur und personellen Aufbau bereitgestellt, einschließlich Tiefgarage und Architektenwettbewerb. Äußerst fraglich, ob sich diese Investitionen lohnen. Der Hamburger Investor Educationtrend musste bereits zwei Unis schließen. Davon war allein der Standort Bruchsal mit 15 Millionen Euro öffentlich gefördert worden. In Stuttgart scheiterte ein ambitioniertes Public-Private-Partnership-



Projekt.

- Kitas, Schulen und Hochschulen greifen verstärkt auf externes Personal zurück. Damit werden Lächer gestopft, weil es z.B. an Lehrkräften und mit dem Krippenausbau zunehmend an qualifiziertem erzieherischen Personal mangelt und deshalb Hilfskräfte beschäftigt werden. Mittlerweile gibt es eine ganze Reihe von Personaldienstleistern, die Lehrkräfte an Schulen oder Kita-Personal in Leiharbeit überlassen.
- Über externe Kräfte werden aber auch Inhalte in die Bildungseinrichtungen eingespeist, die sich sonst nicht in dieser Form auf Lehrplänen fänden. business@school heißt die Initiative einer internationalen Unternehmensberatung, die unter aktivem Einsatz von Beschäftigten großer Wirtschaftsunternehmen zum Ziel hat: „Wirtschaftsthemen über ein gesamtes Schuljahr an Schulen (...) anschaulich und praxisnah zu vermitteln“. Auch die vom Bund geförderte Initiative „Unternehmergeist in die Schulen“ will „frischen Wind in die ökonomische Bildung und Förderung junger Menschen“ bringen. Dadurch wird die ökonomische Bildung eindimensional auf Unternehmensinteressen, sprich: Gewinnmaximierung, ausgerichtet. Differenzierte Betrachtungen über Wohlstand, Wachstum und Nachhaltigkeit drohen dabei auf der Strecke zu bleiben, von Arbeitnehmerrechten ganz zu schweigen.
- Schließlich private Unternehmen, Stiftungen und Medien die Deutungshoheit in der Bildungspolitik. Rankings von Ländern, Schulen oder Hochschulen im Hinblick auf ihre Leistungsfähigkeit finden

oft mehr Gehör als Debatten in den verantwortlichen demokratischen Institutionen. Damit droht das Primat der Politik endgültig gebrochen zu werden. Das Gemeinwohl als Maßstab zur Bewertung des Bildungswesens wird durch ökonomische Interessen wie gut dotierte Beratungsleistungen oder Auflagenstärken abgelöst.

Die Liste ließe sich beliebig verlängern. Der Trend zur Privatisierung hat die GEW veranlasst, die Reihe „Privatisierungsreport“ aufzulegen.

Alles kein Problem?

Wie gesagt: allein die Zunahme privater Trägerschaften gefährdet noch nicht zwangsläufig das öffentliche Gut Bildung. Dieses Problem besteht aber dennoch ganz real.

Die finanziellen Hürden, an einer privaten Universität studieren zu können, sind beachtlich: Auf 20.000 Euro belaufen sich die Studiengebühren an der Jacobs University – pro Jahr. 44.000 Euro sind es für ein vollständiges Jura-Studium an der Bucerius Law School. Dort heißt es zwar: „Ein Studium an der Bucerius Law School darf und soll nicht am fehlenden Geld scheitern.“ Bezahlt werden muss aber in jedem Fall, ob durch ein Stipendi-

um finanziert oder nach dem Studium, denn der berufliche Erfolg gilt als garantiert. Stolz ist die Universität darauf, dass rund ein Viertel der Studierenden eine der verschiedenen Finanzierungsvarianten nutzt. Umgekehrt heißt das: 75 Prozent können sich das Studium ohne Unterstützung Dritter leisten. Hinzu kommen die Lebenshaltungskosten. Die soziale Abkopplung ist demnach Realität.

Private Schulen leben geradezu von ihrem Ruf, besser als öffentliche zu sein. Soziale Selektion spielt dabei eine wichtige Rolle. Privatschulen wird unterstellt, dass sie Eltern aus bildungsnahen Schichten ansprechen und so ein förderndes Umfeld schaffen. Bekenntnisse zur sozialen Offenheit werden problemlos umgangen. Wählt eine private Schule z.B. einen musischen Schwerpunkt, ist die Wahrscheinlichkeit groß, dass Kinder von Eltern mit geringem Bildungsstand oder geringem Einkommen den Weg dorthin nicht finden. Ein Phänomen, das auch vor öffentlichen Schulen nicht Halt macht und die soziale Spaltung im Bildungssektor verstärkt.

Öffentliche Haushaltsmittel, die in private Einrichtungen umgeleitet werden, entziehen dem öffentlichen Bildungsan-

Aus einem Stoff gemacht

„Die Kinder Adams sind aus einem Stoff gemacht /als Glieder eines Leibs von Gott, dem Herrn, erdacht. / Sobald ein Leid geschieht nur einem dieser Glieder, /dann klingt sein Schmerz sogleich in ihnen allen wider. / Ein Mensch, den nicht die Not der Menschenbrüder rührt, / verdient nicht, dass er noch des Menschen Namen führt.“

Dies schrieb der **persische Dichter Saadi im 13. Jahrhundert**. Im Iran kennt jedes Kind dieses Gedicht. Es hat leider nichts verloren von seiner Aktualität.



gebot die Basis. Die Privatisierung nimmt eine Eigendynamik an, die sich kaum stoppen lässt. Geld, das in eine insolvente private Hochschule gegangen ist, ist unwiderruflich verloren. Die Folgekosten werden meist vergesellschaftet. Da die öffentlichen Haushalte gleichfalls chronisch unterfinanziert sind, steigt der Druck, die Kosten zu senken. Über diesen Druck finden Leiharbeit und nicht-professionell geschultes Personal ihren Weg in die öffentlichen Bildungseinrichtungen.

So begrüßenswert es war, dass im Zuge des Hartz-IV-Kompromisses Mittel für 3.000 zusätzliche Schulsozialarbeiterstellen bereit gestellt wurden, die bis 2013 befristete Finanzierung nötigt die Kommunen geradezu, keine Festanstellungen einzugehen. Lieber greift man auf freie Träger zurück und beendet das Engagement nach dem Auslaufen der Mittel. Eine kontinuierliche und konzeptgebundene Bildungsarbeit wird so unmöglich gemacht. Absurde Züge haben solche Praktiken in Niedersachsen angenommen, wo in großem Stil Honorarkräfte an Ganztagschulen beschäftigt wurden, um Sozialversicherungsabgaben zu sparen. Eine offenbar rechtswidrige Praxis, die massenhaft strafrechtliche Verfahren zur Folge hat. Mit der Motivation und Professionalität der Beschäftigten im Bildungswesen steht und fällt aber deren Qualität.

Marktmechanismen, seien es Studiengebühren, soziale Auswahl, Lohndumping oder Deprofessionalisierung, machen das öffentliche Gut Bildung zur Ware. Sie schließen gerade diejenigen aus, die individueller Förderung am stärksten bedürfen. Wettbewerb produziert keine Chancengleichheit. Freiheitsrechte wurden zwar unter ande-

Hamburger Aufruf

Unterstützen Sie das Bündnis UMfairTEILEN...

Es gibt einen Ausweg aus der Wirtschafts- und Finanzkrise: Umverteilung! Wir wollen nicht, dass die öffentlichen und sozialen Leistungen verschlechtert und die große Mehrheit der Bevölkerung höher belastet wird. Stattdessen müssen übergroßer Reichtum und Finanzspekulationen endlich gesteuert werden. Es geht nicht nur um Geld, sondern auch um gelebte Solidarität in unserer Gesellschaft.

Wir fordern

eine **Vermögenssteuer** und eine einmalige **Vermögensabgabe**, um die notwendigen öffentlichen und sozialen Ausgaben gerecht zu finanzieren und die Verschuldung abzubauen und

einen konsequenten **Kampf gegen Steuerflucht** und Steueroasen und **für eine Steuer auf Finanzmarktgeschäfte** gegen Spekulation und gegen Armut, weltweit.

Auch für Hamburg gilt: **Nicht Kürzungen** auf der Ausgaben- seite der öffentlichen Haushalte, wie z.B. **Personalabbau** und die Einschränkung oder sogar **Streichung notwendiger sozialer, kultureller sowie anderer Angebote**, sondern vor allem eine Stärkung der Einnahmeseite ist der richtige Weg. Auch weitere **Privatisierungen der Daseinsvorsorge** lehnen wir ab. Die strukturelle Unterfinanzierung der öffentlichen Haushalte bzw. Kommunen muss durch Steuergerechtigkeit beendet werden, denn die Schuldenkrise ist vor allem eine Steuerkrise!

Deshalb fordern wir Senat und Bürgerschaft in Hamburg auf, sich unseren Forderungen anzuschließen und sie in die Tat umzusetzen!

rem geschaffen, um Märkte zu etablieren, die Marktwirtschaft produziert aber aus sich heraus weder Freiheit noch Gleichheit.

Bildung: Öffentlich, gebühren- und diskriminierungsfrei

Wollen wir Chancengleichheit für alle Menschen, inklusive Bildung in einer inklusiven Gesellschaft, kurz das Menschenrecht auf Bildung verwirklichen, dann muss Bildung ein öffentliches Gut bleiben. Die Privatisierung der Bildung, der Trend, Bildung zunehmend als Ware zu definieren und zu vermarkten, muss gestoppt werden. Bildung muss gebührenfrei, öffentlich finan-

ziert und für jeden Menschen zugänglich sein. Dafür müssen die öffentlichen Bildungsausgaben deutlich gesteigert und nachhaltig gesichert werden. Die Einführung einer Vermögenssteuer und eine gerechtere Unternehmensbesteuerung sind vor dem Hintergrund von Schuldenbremse und Fiskalpakt unverzichtbare Maßnahmen. Schließlich muss dem Trend, qualifiziertes durch nicht professionell ausgebildetes Personal zu ersetzen, Einhalt geboten und durch eine Fachkräfteoffensive im Bildungsbereich ersetzt werden. Gute Bildung gibt es nur mit gutem Personal.

ULRICH THÖNE